

Neuer Standort für den Kindergarten

STEIN AM RHEIN Der Kindergarten Fridau in Stein am Rhein ist in extrem schlechtem Zustand. Ohne weitere bauliche Massnahmen kann er maximal noch dieses Jahr genutzt werden. Zu diesem Schluss kommt ein statisches Gutachten, das der Stadtrat 2012 in Auftrag gab. Nun hat der Stadtrat in Übereinstimmung mit der Schulbehörde und gemäss dem Antrag einer Arbeitsgruppe beschlossen, dass anstelle einer aufwendigen Renovation der «Fridau» ein Ersatzbau realisiert werden soll – und zwar auf dem nördlichen Teil des Areals der «Villa Lieb».

Massgebend für diese Entscheidung waren der Raum- und Flächenbedarf, die Erweiterungsmöglichkeiten sowie die Sicherheit auf dem Schulweg. Bereits im Oktober hatte der Stadtrat die Ausarbeitung eines Vorprojekts beschlossen, sodass die entsprechende Vorlage dem Einwohnerrat nun im ersten Quartal 2017 überwiesen werden kann. Für den Neubau ist im Budget 2017 ein Betrag von 800'000 Franken vorgesehen.

Die «Villa Lieb» wurde der Stadt Stein am Rhein bekanntlich geschenkt. Die bisherigen Eigentümer besitzen eine lebenslängliche Nutzungsung. Allerdings konnte mit dem aktuellen Mieter der langfristige Mietvertrag mit Zustimmung des Nutziessers so nachverhandelt werden, dass der Kindergarten auf dem nördlichen Teil des Areals gebaut werden kann. Bis zur Realisierung des neuen Kindergartens bleibt die «Fridau» weiter in Betrieb. (efr.)

Kein Geld für den Bademeister

STEIN AM RHEIN Das Schaffhauser Obergericht hat eine Beschwerde des ehemaligen Bademeisters des Steiner Strandbads Niederfeld abgewiesen. Dieser erhält damit weder eine Lohnfortzahlung noch eine Vergütung von Überstunden, nachdem ihm der Steiner Stadtrat per Ende 2015 gekündigt hat.

Das Strandbad Niederfeld wird seit der Saison 2015 als «Riipark» ohne Bademeister geführt. Der damals mit einem Pensum von 80 Prozent angestellte Betriebsleiter war am 1. September 2014 über das neue Betriebskonzept und die damit verbundene Kündigung informiert worden. Er erkrankte und war ab 2. September zu 100 Prozent arbeitsunfähig geschrieben. Mit Verfügung vom 18. September kündigte der Steiner Stadtrat das Arbeitsverhältnis auf den 31. Dezember 2015. Der Betroffene rekurrierte gegen die Verfügung des Stadtrats am 1. Oktober beim Schaffhauser Regierungsrat, beantragte deren Aufhebung und eine Lohnfortzahlung in Höhe von 2,5 Monatslöhnen für Überstunden im Sommer, dazu noch eine Fortzahlung von 6 Monatslöhnen wegen missbräuchlicher Kündigung sowie eine Abfindung von 12 Monatslöhnen.

Der Regierungsrat wies den Rekurs ab, worauf der Beschwerdeführer mit einer Verwaltungsbeschwerde ans Obergericht gelangte. Hier verlangte er, die Verfügung des Regierungsrats aufzuheben: Die Bezahlung der Überstunden und die geforderte Lohnfortzahlung seien zu leisten.

Das Obergericht wies die Beschwerde nun ab, und der Kläger muss die Verfahrenskosten von 4000 Franken zahlen. Die Kündigung des Steiner Stadtrats sei rechtens und weder sachlich noch punkto Fristen zu beanstanden. Auch sei die bei Krankheit erforderliche Sperrfrist von einem Jahr eingehalten worden. Zudem habe man ihm als Ersatz eine Stelle im Bauamt angeboten, die er ablehnte, und er sei darauf hingewiesen worden, er könne sich als Pächter im «Riipark» bewerben. Weder im Anstellungs- noch im Besoldungsreglement der Stadt Stein sei eine Bestimmung über eine Abfindung enthalten. Ob der Beschwerdeführer 2014 Überstunden geleistet habe, lasse sich nicht mehr feststellen. (efr.)

Löschwasserdruck liess Rohre bersten

Der Bezug von Löschwasser hat das Benkener Leitungsnetz beim Grossbrand vom Sonntag dermassen strapaziert, dass es gleich zu vier Rohrbrüchen kam.

VON ROLAND MÜLLER

BENKEN Der enorme Löschwasserbedarf hat am Sonntagvormittag in Benken zu einer grossen Belastung des kommunalen Wasserleitungsnetzes geführt. Da mit der Löschwassernutzung auch hohe Druckunterschiede im Leitungsnetz verbunden waren, wirkte sich dies auf einzelne Wasserleitungen negativ aus. Insbesondere das schnelle Öffnen und Schliessen der Schleusen an den Hydranten setzte manchen Netzabschnitten zu. So kam es bereits während der Löscharbeiten gleich zu mehreren Wasserrohrbrüchen. Für die Einsatzkräfte bedeutete dies eine weitere Herausforderung, beeinträchtigte die Löscharbeiten aber nicht entscheidend.

Bereits während der Löschphase mussten erste Arbeiten an den Leitun-



Der enorm grosse Bedarf an Löschwasser führte am Sonntagmorgen in Benken gleich zu mehreren Rohrleitungsbrüchen. Bild Roland Müller

gen vorgenommen werden: Einzelne Leitungsabschnitte mussten wegen austretenden Wassers abgestellt werden. Und auch erste Notreparaturen wurden am späteren Sonntagnachmittag ausgeführt, damit die direkt betroffenen Liegenschaften wieder mit Wasser versorgt werden konnten.

Einzelne bis Montag ohne Wasser

Ein später festgestellter weiterer Rohrbruch führte aber dazu, dass einige Liegenschaften bis Montag ohne Wasserzufuhr blieben und sich – wie vor 130 Jahren – für den nötigsten Wasserbedarf an den Dorfbrunnen versorgen mussten. Denn diese stehen nun einmal als wertvolle, nachhaltige und verlässliche Notwasserversorgung zur Verfügung. Sie sind nicht an die kommunale Wasserversorgung angeschlossen und verfügen über eigene Quellen.

Das Ereignis in Benken mag einmal mehr Grund dafür sein, dass die Gebäudeversicherung bezüglich der Wasserversorgung mit vorgegebenen Mindestgrössen der Wasserleitungen und der Sicherstellung der Löschwasserversorgung klare Forderungen stellt, dafür im Rahmen der Löschwasserversicherung aber auch Beiträge spricht.

Alte Motorsägen und frisches Brennholz

An der Holzgant in Unterstammheim kam Nostalgie auf. Vorgeführt wurden Motorsägen aus den letzten 70 Jahren.

VON ROLAND MÜLLER

UNTERSTAMMHEIM Seit Jahren waren an der Unterstammheimer Holzgant die Bedingungen nicht mehr so winterlich. Trotzdem versammelte sich am Samstagvormittag eine beachtliche Teilnehmerschar, dick eingepackt, um auf zwei Anhängern in den schön verschneiten Winterwald zur Holzgant gefahren zu werden. An der ers-

ten Station im Eschental gab's Nostalgisches zu sehen und zu hören: Seit nun über 70 Jahren kennt man die Motorsäge im Wald. Urs Müller aus Tägerwil und sein Vater Werner sammeln solche Zeitzeugen, aber auch alte Handsägen. Auf einem Autoanhänger war eine schwere Dolmar-Motorsäge aus dem Jahr 1940 zu bewundern. «Diese Motorsäge ist für zwei Mann», sagte Werner Müller. «Bedingung war: Sie durfte damals bei der Papierholzaufrüstung nicht eingesetzt werden, da der Holzverlust durch den Schnitt angeblich zu gross war.» Die älteren Modelle waren schwer und oftmals sehr pflege- und reparaturintensiv.

Urs Müller schritt dann zur Tat und fällte eine stattliche Fichte mit einer Stihl-Säge, Baujahr 1969. «Heute zahlen

wir für Motorsägen etwa gleich viel, wie sie bereits zu meiner Lehrzeit gekostet haben», wusste Förster Christian Bottlang zu berichten. «Sie sind zugleich weniger reparaturanfällig und auch viel leichter.» In der Regel hätten die Sägen nach drei Betriebsjahren ausgedient.

Keine hohen Preise fürs Brennholz

Im Vorfeld der Holzganten in Unter- und Oberstammheim, Guntalingen und Waltalingen hat der Forst über 400 Ster Brennholz aufgerüstet. Die ersten 100 Ster mit reinem Buchenholz kamen in Unterstammheim unter den Hammer. Auf etwas mehr als 10 Hektaren im Fridhag nahm man eine umfassende Durchforstung vor und konnte 700 Kubikmeter Holz nut-

zen. «Das geerntete Nadelholz können wir als Industrie- und Nutzholz absetzen», sagte Bottlang. «Ein Grossteil der Buchen hat sich sehr gut für die mechanisierte Brennholzaufbereitung geeignet.»

Doch trotz winterlicher Temperaturen und des damit verbundenen grösseren Bedarfs an Brennholz verlief die Gant durchgezogen. Alle von Bottlang ausgerufenen Lose gingen zum Anschlag von 255 Franken weg. «Für die vorerst nicht verkauften Lose wird es grösstenteils bis zum Frühling noch Käufer geben», zeigte sich Bottlang überzeugt. Die durch eher mildere Winter angesammelten Reserven bei den Brennholzkäufern würden in den nächsten winterlichen Wochen wohl rasch abgebaut sein.

Chränzli Ramsen Vergnügliche Stunden mit Volksweisen und Theater



Der Männerchor Ramsen-Buch (Marabu) mitsamt seiner Theatergruppe hat am Wochenende zu seinem traditionellen Chränzli im neuen Jahr geladen. Gesungen wurde in der bis zum letzten Stuhl besetzten Aula von der Heimat, vom Rhein, von den Reben, aber auch von der Liebe. Ein Liedgut, das spürbar von Herzen kam und von Präsident Hans Graf gewohnt humorvoll moderiert wurde. Bei Gottlieb Ruhs Solo «Die alten Strassen noch» für einen erkrankten

Sängerfreund, beim Liebeslied der Solisten Stefan Neidhart und Max Höhener und auch beim Lied «Dini Seel ä chli lo bambele loo» (im Quartett vortragen von Gottlieb Ruh, Bernhard Ruh, Walter Kübler und Felix Ruh) sangen und schunkelten die Zuschauer gleich mit. Sie liessen den Chor denn auch nicht ohne Zugabe von der Bühne. Das Theaterstück im Anschluss sorgte ebenfalls für vergnügliche Stunden. (Sr.)

Bild Mark Schiesser

Wenig Mitsprache bei den Post-Plänen

WALTALINGEN Der Kanton Zürich kann sich zu den Umbauplänen der Post einbringen, er hat aber kein gesetzliches Mitbestimmungsrecht bei der Schliessung oder der Verlegung einer Poststelle oder Agentur. Dies geht aus einer Antwort des Zürcher Regierungsrates auf eine Anfrage der Kantonsräte Martin Zuber (SVP, Waltalingen) und Céline Widmer (SP, Zürich) hervor. So habe sich der Kanton zu den Post-Umbauplänen äussern können. Indem die Post die Überlegungen des Kantons prüfe, sei sichergestellt, «dass die Gemeinden und der Regierungsrat frühzeitig in den Prozess eingebunden sind, um einen übermässigen Abbau des Service Public verhindern zu können».

Vor allem Zuber ist allerdings ein gebranntes Kind, wurde die Poststelle in Waltalingen doch bereits 2010 geschlossen. Zuber und Widmer sahen in der jüngsten Ankündigung der Post, 500 bis 600 Poststellen schliessen zu wollen, «ein Feilschen zwischen den Kantonen und den Gemeinden um die letzten verbliebenen Poststellen». Kritisch hinterfragten sie den Abbau des Service public, der durch den Ersatz einer Poststelle durch eine Agentur eintrete. In Letzterer seien etwa Kontoröffnungen, Barauszahlungen und «sogar das Münzwechseln» meist nicht möglich. Gemeinden und Quartiere ohne Poststelle seien regionalpolitisch benachteiligt. (M. G.)